

Wahlversprechen getoppt

Die Britische Regierung kündigt die „größte Budgeterhöhung aller Zeiten“ an.

Der vom neuen britischen Schatzkanzler Rishi Sunak vorgestellte Haushaltsentwurf für 2021 enthält eine Erhöhung der Forschungsausgaben, welche selbst die vollmundigen Versprechen aus dem letzten Wahlkampf im Dezember noch übertrifft. Die öffentlichen Ausgaben sollen im kommenden Jahr gegenüber 2020 um 15 Prozent steigen. Bis 2024/25 ist ein Anstieg auf insgesamt 22 Milliarden Pfund (etwa 24,6 Milliarden Euro) geplant; bisher war nur von einer Verdopplung auf 18 Milliarden Pfund die Rede. Gleichzeitig sollen auch die privaten Forschungsinvestitionen erhöht werden. Dazu legt die Regierung unter anderem einen Wagniskapitalfonds für die Lebenswissenschaften von 200 Millionen Pfund auf und stellt 900 Millionen Pfund für die Förderung von Unternehmensinnovationen bereit, z. B. für Raumfahrt und Elektrofahrzeuge. Eine Milliarde Pfund ist für die

Kommerzialisierung der Kernfusion vorgesehen, und 800 Millionen gehen an die neue „Cutting-Edge-Science-Agentur“ BARBA des umstrittenen Regierungsberaters Dominic Cummings. Außerdem sollen 400 Millionen Pfund in die Infrastruktur der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung fließen. Schließlich wurde auch ein Paket zur Nachwuchsförderung im MINT-Bereich angekündigt.

Trotz dieser für die Wissenschaft sehr positiven Zahlen gab es auch verhaltene Reaktionen auf die Ankündigung. Zum einen liegt die öffentliche Forschungsförderung im Vereinigten Königreich bisher im unteren Mittelfeld der Industriestaaten. Bereits 2018 hatte die damalige Premierministerin Theresa May angekündigt, bis 2024 den Anteil der staatlichen Forschungsmittel am Bruttosozialprodukt von damals 1,7 Prozent auf den OECD-Durchschnittswert von 2,4 Prozent anzuheben.¹⁾ Die vorgeschlagenen Er-

höhungen könnten helfen, dieses Ziel zu erreichen. Zum anderen beruht die Skepsis auf der sehr unsicheren wirtschaftlichen Lage: Zu den Post-Brexit-Risiken gesellt sich jetzt noch die Corona-Krise. Für diese kündigte Sunak ebenfalls Hilfszahlungen an. Sie sollen Wirtschaft, Bevölkerung und Gesundheitssystem zugute kommen und übertreffen die Maßnahmen zur Forschungsförderung bei Weitem. Die Steuereinnahmen beginnen aber wegen des allgemeinen Lockdowns einzubrechen. Schließlich gibt es noch eine weitere Befürchtung: Die weitreichenden finanziellen Entscheidungen kamen in den Augen von Beobachtern sehr schnell und intransparent zustande. Gilt dies auch für die weitere Ausarbeitung, könnten die Maßnahmen die Autonomie der Wissenschaft bedrohen.

Matthias Delbrück

1) Physik Journal, Januar 2018, S. 14

USA

Türöffner für Frauen

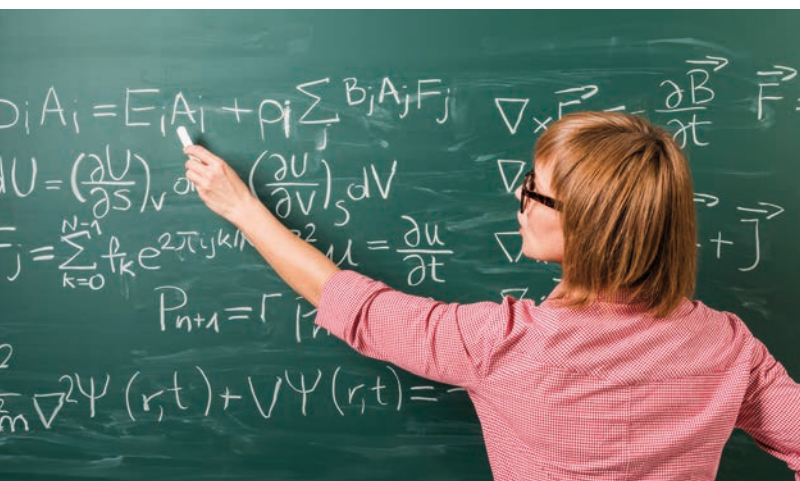
Die Nationalen Akademien für Naturwissenschaften, Ingenieurwesen und Medizin der USA haben einen Bericht veröffentlicht, der positive Beispiele für eine bessere Repräsentation von

Frauen in den sog. STEM-Disziplinen¹⁾ vorstellt und entsprechende Empfehlungen ausspricht.²⁾ Gleichzeitig zeigt er, wie deutlich Frauen in diesen Bereichen immer noch unterrepräsentiert sind. Dies gilt insbesondere in den „physical sciences“

Physik, Computerwissenschaften und Technik, wo nur 20 bzw. 21 Prozent der Bachelorabsolventen weiblich sind. Im Gegensatz dazu sind die Bachelorabschlüsse in den Lebenswissenschaften fast gleichverteilt. Dort gehen die Zahlen erst bei den höheren Abschlüssen

und Positionen auseinander. Noch gravierender stellt sich die Situation für Frauen gemischter Ethnien dar.³⁾

Der Bericht wendet sich an verschiedene Adressaten. Den Hochschulen empfiehlt er ein schrittweises Vorgehen: Sie sollen relevante Daten erheben und analysieren, spezifische Probleme identifizieren, Ansätze implementieren und deren Wirksamkeit dokumentieren sowie schließlich erfolgreiche Änderungen institutionalisieren. Politik, Regierungsbehörden und wissenschaftliche Gesellschaften sollen vor allem Transparenz, Verantwortlichkeiten und die Übernahme positiver Beispiele vorantreiben. Das sind Projekte wie „SEA Change“ und „Inclusive Graduate Education Network“ der AAAS sowie das „Societies Consortium on Sexual Harassment in STEM“, dem über 120 wissenschaftliche Gesellschaften angehören.



Dominik Pabis / iStockphoto